Schleswig-Holstein

Open Source gemeinsam voranbringen

[06.11.2026] Der Umstieg einer großen Organisation auf Open Source ist eine Herausforderung – nicht nur technisch, sondern auch mit Blick auf die Akzeptanz der Mitarbeitenden. Schleswig-Holstein beleuchtet diesen Aspekt der eigenen Open-Source-Transformation genauer.

Schleswig-Holstein stellt die IT in seiner Landesverwaltung schrittweise auf Open-Source-Lösungen um. Nun rückt das Land die Menschen in den Fokus, die mit den neuen Anwendungen arbeiten. Gemeinsam mit dem Netzwerk Re:Form hat die Staatskanzlei Schleswig-Holstein politische Entscheidungsträger, Akteure der Verwaltung, der Wirtschaft und des Open-Source-Ökosystems in die Landesvertretung nach Berlin eingeladen, um die umfassenden Erfahrungen aus dem Umstiegsprozess zu teilen.

Rund 60.000 Beschäftigte arbeiten nach Angaben von Digitalisierungsminister Dirk Schrödter mit dem entstehenden digital souveränen IT-Arbeitsplatz der Landesverwaltung Schleswig-Holsteins. „Eine Transformation dieser Größenordnung ist komplex und erfordert eine sorgfältige Planung, Ausdauer und eine intensive Begleitung der Beschäftigten. Wir haben gezeigt, dass der Umstieg machbar und wirtschaftlich ist“, so der Minister.

Umstellung wird positiv gesehen

Im Rahmen der Veranstaltung wurde auch die repräsentative Studie „Fokus Mensch“ vorgestellt. Diese untersucht, wie die Beschäftigten der Landesverwaltung in Schleswig-Holstein die Umstellung auf Open Source erleben, welche Faktoren Akzeptanz und Veränderungserfolg fördern und welche Lehren sich daraus für künftige Migrationen ziehen lassen. Die Studie zeige, dass für rund drei Viertel der Beschäftigten die neue Arbeitsumgebung bereits im Alltag angekommen sei. Die Mehrheit der Beschäftigten bewerte die Umstellung positiv, sagte Bärbel Boy von der durchführenden Beratungsagentur boy. Beauftragt wurde die Untersuchung von den Open-Source-Unternehmen Univention, Nextcloud, Heinlein und Open-Xchange. Die Studie ist derzeit noch nicht öffentlich zugänglich, ein White Paper ist laut boy geplant.

Software zu tauschen genügt nicht

Antonia Baskakov vom Netzwerk und Mitveranstalter Re:Form betonte, dass digitale Souveränität insgesamt zu einem wichtigen Instrument der Staatsmodernisierung geworden sei: „Nur ein souveräner Staat kann verlässlich halten, was er verspricht, und genau daran entsteht Vertrauen in die Demokratie.“ Nur Software auszutauschen reiche nicht aus – auch, wie der Staat einkauft, investiert und über alle Ebenen zusammenarbeite, müsse verändert werden.

Über Schleswig-Holstein hinaus wächst das Interesse, Erfahrungen auszutauschen und bei der Einführung digital souveräner Lösungen zusammenzuarbeiten. Schleswig-Holstein hat bereits Kooperationen mit Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und kürzlich auch mit Bayern geschlossen (wir berichteten), um die Kräfte für mehr digitale Souveränität in der öffentlichen Verwaltung zu bündeln.

(sib)

Stichwörter: Digitale Souveränität, Schleswig-Holstein